

»Governance Without Government« – Politische Ordnung im Osten der DR Kongo

CORINNA JENTZSCH

Auch ohne *Government* ist *Governance* möglich.¹ Fälle wie der Osten der Demokratischen Republik Kongo (DR Kongo) Ende der neunziger Jahre zeigen, dass in »zerfallen(d)en Staaten« – entgegen den Assoziationen des Begriffs – vielfältige Formen politischer Ordnung bestehen. Durch den Zerfall hierarchisch geordneter, staatlicher Institutionen und durch die Bildung von dezentralen, substaatlichen Gruppen treten lokale Akteure in den Vordergrund, die politische Steuerung ausüben (Zartman 1995; SFB 700 2005). Das staatliche Gewaltmonopol wird durch »Gewaltoligopole« (Mehler 2003, 2004; eigene Hervorhebung) ersetzt. Private, kommodifizierte und kommunale Herrschaftsausübung, Sicherheitsleistung und Wohlfahrtsversorgung erhalten eine besondere Bedeutung. Politische Institutionen zerfallen nicht, sondern erfahren eine Verlagerung: »»Warlordism« and incumbent rulers' intentional destruction of institutions are examples of debureaucratization and shifts in political forms, rather than »state of decay« in the sense of abjuring any institutionalization of political authority« (Reno 1995: 9; zitiert in Duffield 2001: 175).

Der Staat wird als Gestalter politischer Ordnung zu einem Akteur unter vielen. Lokale und internationale Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), Kirchen und Selbsthilfegruppen füllen die Lücken staatlicher

1 Der Titel des Beitrags, *Governance Without Government*, ist angelehnt an das vielfach zitierte Werk von Rosenau und Czempel (1992), das *Governance*-Prozesse auf internationaler Ebene betrachtet und in dem *Governance* als ein »system of rule« begriffen wird, welches vielfältige Regulationsstrukturen aufweist, die sich einer einheitlichen Steuerung entziehen (vgl. auch Mayntz 2004).

Ordnung. *Warlords* (politische Führungspersönlichkeiten, die durch Rückgriff auf bewaffnete Zivilisten Macht ausüben und sich durch die Einbindung in globale Wirtschaftsnetzwerke finanzieren), Milizen (meist ehemalige staatliche Kampfverbände), private Söldner und Schmuggler konkurrieren um die Ausübung militärischer und politischer Macht (Hills 1997; Reno 1998). Diese Form der Substitution staatlicher Institutionen ist kein neues Phänomen, sondern bildet ein historisches Muster, das sich synchron zum Kollaps staatlicher Ordnung durchsetzt: »Given the collapse of state control, warlords represent an attempt to reestablish stability within anarchy« (Jackson 2003: 147).

In diesem Beitrag setze ich mich mit dem Puzzle der Stabilität in »Räumen begrenzter Staatlichkeit«² auseinander und frage nach den *Bedingungen*, unter denen lokale Gewaltakteure³ *politische Ordnung* schaffen. Im Gegensatz zum Fokus auf die *Unordnung* gegenwärtiger substaatlicher Kriege eröffnet die Untersuchung politischer Ordnung in zerfallen(d)en Staaten eine Perspektive auf sozio-ökonomische Dynamiken und »neue« Ordnungen jenseits des Staates. Sie unterstreicht die Folgen neuer, außer- oder substaatlicher Legitimitätsmuster und verdeutlicht die Bedeutung von Gewalt für die Schaffung politischer Ordnung. Ziel ist ein besseres Verständnis der Transformation lang anhaltender, bewaffneter Konflikte sowie der spezifischen Konditionen für Wiederaufbauprozesse in Regionen mit fragmentierten, unterschiedliche Niveaus erreichenden, politischen Ordnungen.

Um Friedensprozesse erfolgreich zu machen, gilt es, lokale Dynamiken zu verstehen (Vlassenroot/Raeymaekers 2005). Dies verdeutlicht Karl W. Deutschs (1965: xii) These: Wenn Kriege effektiv gelöst werden sollen, müssen sie erst verstanden werden – hier insbesondere ausgehend von der Mikroebene.

Dazu dient im Folgenden eine explorative Fallstudie von zwei Rebellengruppen in den Kivu-Provinzen der DR Kongo. Zunächst soll aber auf den begrifflichen Rahmen »politische Ordnung«, auf das methodi-

2 Räume begrenzter Staatlichkeit verstehe ich als schwache, zerfallende, bis hin zu zerfallenen, kollabierten Staaten »weak, failing, failed, collapsed states« (Schneckener 2004: 15f.; Rotberg 2004; Zartman 1995), in denen keine »effektive Gebietsherrschaft« mehr gewährleistet werden kann (SFB 700 2005: 27).

3 Da eine Vielzahl an Begriffe für die jeweiligen Akteure besteht und in diesen Begriffen bereits bestimmte Charakteristika der jeweiligen Akteure impliziert sind (Bathia 2005), schließe ich mit dem Begriff der lokalen Gewaltakteure all diejenigen substaatlichen (und auch staatlichen) Akteure ein, deren grundsätzliches Merkmal die Verfügung über Gewaltmittel und ihr (zweckrationaler) Einsatz zur Durchsetzung eigener ökonomischer, politischer und sozialer Ziele ist (Mehler 2004: 11).

sche Vorgehen sowie auf relevante Debatten in der Literatur eingegangen werden.

Begrifflicher Rahmen

Politische Ordnung wird in diesem Beitrag verstanden als »*degree of government*« (Huntington 1968). Huntingtons normative Perspektive des liberalen Staates als vollendete Form von Regierung ersetze ich jedoch mit einer analytischen Perspektive, die erlaubt, auch vormoderne, nicht-staatliche Formen der politischen Herrschaftsausübung, der Formulierung von Repräsentationsansprüchen und nicht formalisierter Auswirkungen herrschaftlicher Regelungen zu untersuchen (vgl. Weber-Schäfer 1992: 765). Herrschaft verstehe ich, angelehnt an Max Weber, als legitimierte Machtausübung. Legitimation von Herrschaft fasse ich weit im Sinne von Herrschaft als »*right to speak and to act because of [...] position or standing*« (Lincoln 1994, zitiert in Barnett 2001: 56). Diesen Status erlangen Akteure, indem sie ihre Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet gegenüber Konkurrenten sichern, ökonomische und politische Netzwerke kontrollieren, eine eigene Verwaltungsstruktur aufbauen, die Bevölkerung in politische Entscheidungen einbinden und öffentliche Güter bereitstellen.

Die durch diese Akteure geschaffenen Formen politischer Ordnung weisen eine besondere Funktionslogik auf. Als inklusive Gebilde ersetzen die von lokalen Gewaltakteuren geschaffenen Formen politischer Macht die vorherigen sozialen Bezüge. Als exklusive Gebilde grenzen sich diese Formen von konkurrierenden Ordnungen ab und werden zu einer lokalen oder regionalen, aber keiner staatlichen Autorität. Politische Ordnung in Räumen begrenzter Staatlichkeit wirkt gleichzeitig integrativ und fragmentierend und verhindert den (Wieder-)Aufbau einer kohärenten staatlichen Ordnung.

Methodisches Vorgehen

Angelehnt an das Plädoyer von Michael Barnett (2001), die »*territorial trap*« der Internationalen Beziehungen zu überwinden, und den Empfehlungen Koen Vlassenroots und Timothy Raeymaekers (2005), analysiert dieser Beitrag globale Entwicklungen auf der Basis einer explorativen, induktiven lokalen Einzelfallstudie. Die relativ offene Forschungsfrage erlaubt im Sinne einer »*logic of discovery*« (Bennett 2000: 3) das Generieren von Hypothesen. Die Hypothesen beziehen sich auf Mechanismen

(d. h. das Gerüst zusammenhängender kausaler Beziehungen, George/Bennett 2005: 136), die den Wandel des Niveaus politischer Ordnung in Räumen begrenzter Staatlichkeit bedingen. Zwischenmenschliche Beziehungen (interpersonale Mechanismen, vgl. Tilly 2003) bilden den Mittelpunkt der Analyse; externe Effekte (Umweltkatastrophen u. ä.) und kognitive Bedingungen (Änderungen individueller und kollektiver Wahrnehmungen) werden ausgeblendet.

Die abhängige Variable bildet die politische Ordnung, verstanden als Mechanismus des »community building« (Reno 2005), d. h. ein Ausbalancieren von Exklusion, der Abgrenzung gegenüber anderen Gemeinschaften, und Inklusion, der Integration einer Gemeinschaft. Politische Ordnung untersuche ich anhand von Herrschaft (Gebietsherrschaft, Gewaltmonopol, Verwaltungsstrukturen) und Repräsentation (Einbindung der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen, Bereitstellung der öffentlichen Güter Verwaltung, Sicherheit, Ressourcen). Als unabhängige Variablen betrachte ich Mittel und Ressourcen, die aus den Beziehungen unter Eliten und zwischen Elite und Zivilbevölkerung hervorgehen (Durchsetzung gegenüber konkurrierenden Gewaltakteuren, Zielsetzung und Organisation, Rekrutierung, Einbindung in Netzwerke, interne und externe Allianzen, soziale Anbindung an eine Gruppe, Identifikation mit traditionellen Werten).

Die Fallanalyse bezieht sich auf die Transformation politischer Ordnung in den Kivu-Provinzen der DR Kongo in der Zeit des zweiten Kongo-Krieges von 1998-2003. Die Rebellenbewegung *Rassemblement Congolais pour la Démocratie* (RCD) und die »traditionalen Krieger«, die *Mayi-Mayi*, spielen eine bedeutsame Rolle in der Gestaltung der politischen Ordnung und bieten sich als Vergleichsobjekte an, um das jeweilige Niveau politischer Ordnung zu bestimmen. Die Fallanalyse beruht auf der Analyse von Dokumenten, Studien und Zeitungsartikeln zu den Gewaltakteuren in der DR Kongo.

Politische Ordnung in aktuellen Debatten

Die Frage der (Wieder-)Herstellung, Strukturierung und Umgestaltung politischer Ordnung in Räumen begrenzter Staatlichkeit erweckt zunehmendes wissenschaftliches Interesse (SFB 700 2005; Hyden 1999; Tull 2005). Dieses Interesse beruht auf der These, dass die Analyse alternativer Ordnungen Erkenntnisse über die Bestimmungsfaktoren gegenwärtiger substaatlicher Kriege liefert. Es haben sich drei zentrale Debattenstränge entwickelt, anhand derer sich Desiderata und Anschlussmög-

lichkeiten darlegen und auf deren Basis sich Arbeitshypothesen für die nachfolgende Fallanalyse entwickeln lassen.

Defizitäre Staatlichkeit und Staatszerfall in Afrika

Die Debatte um defizitäre Staatlichkeit, vor allem in Afrika, ist durch zahlreiche Begriffe geprägt – »*weak states*« (Migdal 1988), »*quasi-states*« (Jackson 1990), »*failed states*« (Rotberg 2003; 2004) und »*collapsed states*« (Zartman 1995). All diese Begriffe weisen darauf hin, dass die jeweilige staatliche Ordnung nicht mehr existiert oder nur begrenzt fähig ist, bestimmte Funktionen von Staatlichkeit – die Erbringung von Herrschafts-, Sicherheits- und Wohlfahrtsleistungen (Schneckener 2004) – zu erfüllen. Private Akteure übernehmen staatliche Aufgaben, wodurch die kommodifizierte und kommunale Bereitstellung von öffentlichen Gütern in den Vordergrund tritt (Schlichte/Wilke 2000).

Die Konzentration auf die dem europäischen Staatsmodell entsprechenden Funktionen von Staatlichkeit ist jedoch umstritten. Die Annahme des Zerfalls dieser Funktionen sowie die dem europäischen Staatsmodell entsprechende analytische Trennung von öffentlich und privat kann die Realität der Staatlichkeit in Afrika nicht erfassen. Die Beschäftigung mit alternativen Formen politischer Ordnung ist in der Feststellung begründet, dass der Staat nicht die einzige, historisch älteste und wahrscheinlichste Form politischer Herrschaftsausübung ist (Engel/Mehler 2005: 92). Jennifer Milliken und Keith Krause weisen darauf hin, »*that the puzzle is not how and why they [states] may fail, but how and why they exist or persist at all*« (Milliken/Krause 2002: 763). Christopher Clapham (1998b) spricht sich daher auch gegen eine Dichotomie von Einheiten, die Staaten sind, und solchen, die es nicht sind, aus. Im Sinne eines relativen Konzepts (»*degrees of statehood*«) können Staaten schwerwiegende Defizite bei der Erfüllung des formalen Anspruchs der Staatlichkeit aufweisen, während nicht-staatliche Einheiten Attribute aufweisen können, die normalerweise mit souveräner Staatlichkeit in Verbindung gebracht werden.

Die Funktionslogik in Räumen, in denen nicht-staatliche Akteure Steuerung ausüben, ist mit herkömmlichen staatszentrierten Ansätzen kaum zu untersuchen. Durch die enge Verzahnung von Quasi-Staatlichkeit und eigener Ordnungsdynamik beruht politische Herrschaft in der »Dritten Welt« »auf der widersprüchlichen Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Herrschaftslogiken, die mit den Kategorien üblicher staats-theoretischer Ansätze nicht hinreichend erfasst werden können« (Schlichte/Wilke 2000: 361). Die für den Westen typische »formalisierte, regulierte Öko-

nomie« der bürokratischen Beziehungen und die »informelle‘ Ökonomie« der sozialen Beziehungen bestimmt die Tauschlogik in den Staaten der »Dritten Welt«. Korruption und Patronagesysteme haben ihren festen Platz in der formalen Ökonomie und können nicht von ihr getrennt betrachtet werden (Bayart et al. 1999). Schwache Staatlichkeit ist daher nicht gleichzusetzen mit dem Verlust staatlicher Macht: »*What appears as state weakness is actually an important instrument of political regulation for political leaders, namely to provide local clients with access to resources*« (Tull 2005: 223; vgl. Hibou 1999). Die Kontrolle über Ressourcen und lokale Patronagenetzwerke ermöglicht politischen Eliten die Aufrechterhaltung einer, wenn auch von den konventionellen Vorstellungen abweichenden, politischen Ordnung (Tull 2005: 257).

Staatszerfall ist auf diese Weise ein relatives Konzept. *Zerfallen(d)e* Staaten bergen nicht nur die Existenz eigener Formen von Ordnung, sondern auch eine besondere Integration verschiedener Funktionslogiken. Ob diese Ordnungen die *formalen* Kriterien europäischer Staatsmodelle erfüllen, ist aus dieser Perspektive zweitrangig.

Kriegsökonomien und private Sicherheit in substaatlichen Kriegen

In der Friedens- und Konfliktforschung haben sich zwei große Debattenstränge hinsichtlich der entstehenden Ordnungsstrukturen in substaatlichen Kriegen herausgebildet. Die Debatte um den Zusammenhang von Gewalt und Staatszerfall sowie die Debatte zu »neuen« Formen des Konfliktaustrags (Kaldor 1999; Münkler 2002)⁴ verbinden sich im Begriff des *Warlords*, dem es im Krieg nicht um die Verteidigung politischer, sondern ökonomischer Interessen geht.

Besondere Aufmerksamkeit erhält die Tatsache, dass lokale Gewaltakteure in weltwirtschaftliche Verflechtungen eingebunden sind und politische durch ökonomische Kalküle verdrängt werden; meist unter dem Stichwort der Kriegsökonomie (Jean/Rufin 1996; Keen 1998; Berdal/Malone 2000), der Gewaltökonomie (Spelten 2004) oder der politi-

4 Der Begriff der »neuen Kriege« bezieht sich auf den Formwandel des Kriegs, der in gegenwärtigen, vor allem innerstaatlichen Kriegen zu beobachten ist. Eine Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten ist nicht mehr möglich, nicht-staatliche Akteure und eine asymmetrische Kriegführung kennzeichnen das Kriegsgeschehen. Wie jedoch zunehmend argumentiert wird, sind dies Merkmale, die nicht erst mit den »neuen Kriegen« auftauchen, sondern auch in früheren Kriegen zu beobachten sind (vgl. für einen Überblick Schlichte 2002).

schen Ökonomie des Krieges (Le Billon 2003). Vor dem Hintergrund eines rationalistischen Akteursverständnisses wird Krieg nach diesen Autoren durch individuelles ökonomisches Gewinnstreben und Profitmaximierung bestimmt. Krieg gilt als Fortführung der Ökonomie mit anderen Mitteln und Rebellen wie Regierungen tragen zur Reproduktion der Beweggründe für die Kriegsführung bei (Keen 1998: 17). Krieg folgt nicht einer destruktiven, sondern einer produktiven Logik.

Zum anderen steht das nicht-staatliche Angebot von Sicherheitsleistungen im Vordergrund. Dies unterwandert das staatliche Gewaltmonopol und schafft substaatliche Herrschaftsbereiche (Kaldor 1999; Münkler 2002). Schafft es der Staat nicht mehr, Sicherheit als öffentliches Gut zu gewährleisten, bieten private Akteure Sicherheit bspw. gegen Schutzgelder, also als privates, kommerzielles Gut an (Paes/Aust 2003: 1230). Gewaltmonopole werden ersetzt durch »Gewaltoligopole«, welche die Gewalthandlungen im Vergleich zu Gewaltpolypolen für einen bestimmten Teil der Bevölkerung auf ein gewisses Maß reduzieren (Mehler 2004).⁵ Die Existenz von *Private Military Companies* (PMCs), Söldnern, *Warlords* und Milizen begrenzt und delegitimiert die staatliche Macht, da sie allein nicht mehr für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen kann.

In diesen Debatten hat die Figur des *Warlords* eine prominente Position eingenommen (Riekenberg 1997; Hills 1997; Jackson 2003; Reno 1998). *Warlords* sind klanbasierte oder politische Führungspersönlichkeiten, die durch Rückgriff auf bewaffnete Zivilisten Macht ausüben (Hills 1997). Als machtvolle Individuen oder *Big Men* sichern sie mithilfe ihrer eigenen Privatarmeen (Milizen) das Gewaltmonopol über ein bestimmtes Gebiet, um Schutzzölle eintreiben und Ressourcen ausbeuten zu können. Die private Herstellung von Sicherheit und die Einbettung in eine regionale und globale Kriegswirtschaft sind zentrale Merkmale der Figur des *Warlords* (Reno 1998).⁶ Die Schutzleistung gegenüber der Bevölkerung ist nur ein Mittel zur Erreichung ökonomischer Zwecke, denn im Vergleich zu den Akteuren, die in China zu Beginn des 20. Jahrhunderts diesen Titel getragen haben, zielen die gegenwärti-

5 Andreas Mehler definiert Gewaltoligopole als »distribution of means of violence to a limited number of violence actors/protectors« und als »fluctuating number of partly competing, partly co-operating actors of violence of different quality« (Mehler 2004). Gewaltoligopole werden bestimmt durch Arrangements mit anderen Gewaltakteuren, durch einen dominanten Akteur oder ständigen Wettbewerb und beziehen sich entweder auf ein bestimmtes Gebiet, eine bestimmte Funktion oder ein bestimmtes Zeitfenster, in dem Sicherheit gewährleistet wird.

6 Die Schärfe der Bezeichnung »*Warlord*« ist jedoch genauso umstritten wie der Mehrwert ihrer Verwendung (Hills 1997: 39).

gen *Warlords* nicht auf die Substitution der staatlichen Ordnung und streben nicht nach politischer Legitimität (Hills 1997: 37), sondern etablieren sich als Parallelstrukturen (Clapham 1998a: 7).

Es zeigt sich, dass substaatliche Gebilde in der Literatur zu den »neuen« Kriegen als kurzfristig und temporär aufgefasst werden und dass die Dominanz von *Warlords* eher als Moment des Zerfalls, denn als Ordnung stabilisierender Faktor betrachtet wird. Die Begriffe »*Warlord*« und »*Terrorist*« werden zur Delegitimierung der jeweiligen Akteure gebraucht (vgl. Hills 1997: 39; Mackinlay 2000: 60); die Begriffsbildung ist nicht kennzeichnend, sondern konstitutiv (vgl. Bathia 2005).

Transformation sozialer und politischer Ordnung

Debattenbeiträge zur Transformation sozialer und politischer Ordnung in substaatlichen Kriegen legen ihren Fokus besonders auf Legitimationsprozesse lokaler Gewaltakteure. Die Debatte um die Ökonomisierung des Krieges legt nahe, dass der Einsatz bzw. die Androhung von Gewalt der Durchsetzung kurzfristiger, individueller ökonomischer Interessen der Gewaltakteure dient (vgl. Berdal/Malone 2000; Collier/Hoeffler 2000; Mustapha 2002). Empirische Beispiele aus Nigeria (Reno 2005), Angola (Bakonyi/Stuvøy 2005), DR Kongo (Tull 2003; Tull 2005) und Uganda (Kasfir 2005) zeigen jedoch, dass die Bildung ökonomischer Netzwerke stets auch eine politisch-soziale Komponente hat (Duffield 2001).⁷ Ohne ein gewisses Maß an Stabilität und ohne eine loyale Gefolgschaft können die lokalen Gewaltakteure ihre ökonomischen Interessen nicht verfolgen (Jackson 2003).

Um dem Eindruck der Willkür, der »neuen Barbarei« (Kaplan 1994) und des Chaos eine neue Lesart entgegenzusetzen, sprechen neuere Forschungsarbeiten nicht mehr von der Herausbildung von »*complex political emergencies*«, sondern von der Existenz von »*emergent political complexes*« (Duffield 2001), »*centres of profit, power, and protection*« (Keen 1998; Vlassenroot/Raeymaekers 2005), »parastaatlichen Herrschaftszentren« (Trotha 2000: 271), von *Warlords* als »*embryonic forms of government*« (Jackson 2003) sowie von der Entstehung neuer Ordnungen durch die »*instrumentalization of disorder*« (Chabal/Daloz 1999). In diesen Beiträgen wird anerkannt, dass lokale Gewaltakteure in Räumen begrenzter Staatlichkeit soziale und politische Ordnung neu strukturieren. Ein angemessenes Verständnis der »neuen Kriege« ist nicht durch eine staatszentrierte Analyse oder durch die Reduktion auf zwei Konfliktursachen (*Greed* und *Grievance*) möglich. Vielmehr muss

7 Im Sinne einer politischen Ökonomie des Konflikts (vgl. Aust 2001).

der Verlust des staatlichen Gewaltmonopols und die Entstehung alternativer Formen politischer Ordnung in Betracht gezogen werden (Engel/Mehler 2005).

In Räumen begrenzter Staatlichkeit, in denen die Legitimität von Herrschaft gewaltsam umkämpft ist, bilden sich exklusive Herrschaftsformen (Engel/Mehler 2005; vgl. Duffield 2001: 170). Der »*Deterritorialisierung*« durch Krieg und Gewalt begegnen die Gewaltakteure mit einer auf Gewalt basierenden »*Reterritorialisierung*« (Engel/Mehler 2005: 94). Die entstehenden (Gewalt-)Ordnungen können auf einer Skala der Institutionalisierung angesiedelt werden (Bakonyi/Stuvøy 2005). Je dezentraler die Gewaltakteure organisiert sind, desto wahrscheinlicher ist die Herausbildung eines *Warlord*-Systems, das ein geringes Niveau an Institutionalisierung aufweist. Gewaltakteure, die hierarchisch organisiert sind, neigen dagegen dazu, quasi-staatliche Systeme aufzubauen, die stärker institutionalisiert sind. Die »*Reterritorialisierung*« kann zusätzlich transnationalen Charakter haben, d.h. die neuen Formen von politischer Ordnung lassen staatliche Grenzen und staatliche Herrschaftsformen unbeachtet (Duffield 2001: 163). Interne und externe Akteure verbinden sich in »*transboundary formations*«, wodurch vielfältige Formen politischer Ordnung und Herrschaft geschaffen, transformiert oder zerstört werden (Latham/Kassimir/Callaghy 2001).

Die Debatte um die sozialen und politischen Dimensionen des Handelns von Gewaltakteuren in zerfallen(d)en Staaten deutet auf die besondere Form der Ordnung hin, die durch die Aneignung des Gewaltmonopols in einer bestimmten Region und den Ersatz bestehender sozialer Bezugssysteme durch diese (lokalen) Gewaltakteure entsteht.

Arbeitshypothesen

Aus der Literaturübersicht ergeben sich verschiedene Anknüpfungspunkte für den vorliegenden Beitrag. Die Debatte zu defizitärer Staatlichkeit macht deutlich, dass – da nicht immer von Staaten im Sinne des europäischen »Modells« ausgegangen werden kann – alternative politische Ordnungen untersucht werden müssen. Die Kriegsökonomie-Literatur zeigt, dass Krieg nicht nur einer destruktiven, sondern auch einer produktiven Logik folgt. Die Diskussion um private Sicherheit betont die Bedeutung lokaler privater Akteure, welche durch die Erbringung von staatlichen Leistungen (in diesem Falle Sicherheit) die Legitimität staatlicher Autorität (weiter) begrenzen. Beiträge zur Transformation sozialer und politischer Ordnung in Räumen begrenzter Staatlichkeit belegen, dass es in zerfallen(d)en Staaten nicht nur um die Ausbeutung ehemals staatlicher Ressourcen geht, sondern auch um die Durch-

setzung politischer Macht, was bedeutet, dass die Gewaltakteure die Bevölkerung von ihrer Herrschaftsleistung überzeugen müssen.

- Für die Schaffung politischer Ordnung ist die Übernahme des Gewaltmonopols bzw. der Aufbau eines Gewaltoligopols von besonderer Bedeutung. Wenn die Gewaltakteure keine militärischen Gefahren erwarten oder ein Patt zwischen ihnen und den anderen Gewaltakteuren besteht, dann werden sie eine Verwaltungsstruktur aufbauen und Partizipationsmöglichkeiten schaffen (*Patthypothese*) (Schlichte 2005; Tull 2005: 101).
- Der Aufbau von exklusiven Herrschaftssphären ist bestimmt durch die Auseinandersetzung mit anderen Gewaltakteuren um politische und ökonomische Ressourcen (vgl. Le Billon 2003; Reno 2005). Je mehr die Gewaltakteure auf lokale Ressourcen (im Gegensatz zur finanziellen Unterstützung von Nachbarstaaten o.ä.) vertrauen, desto abhängiger sind sie von der lokalen Bevölkerung und desto eher bemühen sie sich um die Schaffung politischer Ordnung auf der lokalen Ebene (*Lokalisierungshypothese*).
- Zur Begründung ihrer Herrschaft müssen lokale Gewaltakteure die Kontrolle über Sicherheit und Unsicherheit ausüben. Ihre Regulation von Konflikten, Pflicht zur Gewaltanwendung und »Richtigkeit« der Gewalt wird nur legitimiert, wenn sie für die Wiederkehr von Gewaltsituationen sorgen, in denen die Bevölkerung in Gefahr ist (*Unsicherheitshypothese*) (Riekenberg 1997).
- Um langfristig ihre Macht in bestimmten Gebieten zu sichern, müssen lokale Gewaltakteure ihre Macht symbolisch untermauern, einen ideologischen Rahmen schaffen, Partizipation ermöglichen⁸ und auf diese Weise bestehende soziale Bezüge instrumentalisieren oder ersetzen. Wenn lokale Gewaltakteure lokale Reziprozitätssysteme dominieren, erhalten sie eine größere soziale Kontrolle über junge, bewaffnete Männer und können über die Form der politischen Ordnung bestimmen (*Sozialisierungshypothese*) (Reno 2005).
- Räume begrenzter Staatlichkeit sind gleichzeitig von Integration und Fragmentierung gekennzeichnet. Je integrativer die entstehenden Formen von Ordnung auf lokaler Ebene sind und je stärker sie sich gegenüber konkurrierenden Ordnungen abgrenzen, desto eher ist die Bevölkerung von den lokalen Gewaltakteuren abhängig und desto geschlossenere politische Einheiten können die Gewaltakteure aufbauen (*Ex- und Inklusionshypothese*) (Duffield 2001).

8 Nach Elwert (1997) ist dies eine Strategie zur Schaffung einer zweiten Motivationsebene.

Der Fall der Rebellengruppen in den Kivu-Provinzen der DR Kongo

Die Demokratische Republik Kongo gilt als Paradebeispiel eines zerfallenen(d)en Staates. Unter dem früheren Diktator Mobutu Sese Seko wies der bis Mai 1997 Zaire benannte Staat bereits Zerfallserscheinungen auf. Dies begünstigte die Rebellion von 1996 (den »Marsch nach Kinshasa«) durch die *Alliance des Forces Démocratiques pour la Libération du Congo-Zaire* (AFDL).⁹ Der Erfolg des Anführers der AFDL, Laurent-Désiré Kabila, währte jedoch nicht lang. Motiviert durch Kabilas autoritäre Herrschaft und seine Abwendung von den Verbündeten Uganda und Ruanda, bildeten sich neue Rebellengruppen.

Die Wiederholung des schnellen Marsches der AFDL nach Kinshasa durch die »Desillusionierten der ersten Befreiung« – Truppen aus der AFDL, der kongolesischen Armee, Ruandas und Ugandas – im August 1998 scheiterte jedoch. Der aus Mitgliedern der AFDL und der kongolesischen Armee neu gegründete RCD musste sich aufgrund der Verbündung Kabilas mit weiteren Nachbarstaaten und der fehlenden Unterstützung des RCD in der Bevölkerung auf die Sicherung der Machtbasis im Osten des Landes beschränken. Mit der Übernahme der lokalen Verwaltungsstrukturen und dem Aufbau politischer und militärischer Institutionen machte der RCD die Grenze zwischen den von ihm und den von der kongolesischen Regierung kontrollierten Gebieten zu einer anerkannten Gebietsgrenze, die später auch von der *Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo* (MONUC) kontrolliert wurde (Weiss/Carayannis 2004: 126). Die starke Fremdbestimmung des RCD durch Ruanda, das im Osten der DR Kongo gegen die *Interahamwe*, die für den Genozid an den Tutsi 1994 verantwortlich gemacht wurden, kämpfte, verhinderte jedoch die Bildung einer nationalen Bewegung. Konflikte zwischen Uganda und Ruanda führten schließlich zur Zersplitterung des RCD im August 1999 in eine von Uganda (RCD-ML, *Mouvement de Libération*) und eine von Ruanda (RCD-Goma) unterstützte Gruppe.¹⁰

9 Tull (2005: 203) weist auf die fehlleitende Annahme hin, dass die Bereitstellung öffentlicher Güter erst nach den Rebellionen von 1996 und 1998 erodiert sei (vgl. zu den Staatszerfallsprozessen während der Mobutu-Ära und den Anpassungsstrategien der kongolesischen Bevölkerung Wrong 2000).

10 Die Macht des RCD-Kisangani (später RCD-ML, *Mouvement de Libération*) und der Einfluss Ugandas bezogen sich auf Butembo-Beni (Region Grand Nord in Nord-Kivu) und die gesamte Provinz Orientale, während der RCD-Goma zusammen mit der ruandischen Armee die Gebiete Nyiragongo, Rutshuru, Masisi, Walikale (Nord-Kivu) und Idjwi, Kalehe, Kaba-

Konkurrierende Gewaltakteure wie die *Mayi-Mayi*, eine Vielzahl an lokal organisierten bewaffneten Gruppen junger Männer, die meist in ländlichen Gegenden die Kontrolle über Gebiete übernahmen, bremsten den RCD in seinem Bestreben, einen »Staat im Staate« zu repräsentieren.¹¹ Die am besten organisiertesten Gruppen der *Mayi-Mayi*, die auch über ihre ethnischen und geographischen Grenzen hinweg anerkannt wurden und von Training und Versorgung durch die *Forces Armées Congolaises* (FAC) profitierten, wurden angeführt von General Padiri und General Dunia (General Lokole) (International Crisis Group 2003b: 11). Die verschiedenen Gruppen der *Mayi-Mayi* gingen wechselnde Allianzen ein. So warb Kabila die *Mayi-Mayi*-Gruppen ab September 1998 an, um gegen die RCD und die ruandische Armee zu kämpfen.

Verschiedene Friedensinitiativen versuchten, den Zerfall der DR Kongo in einzelne Ordnungssysteme zu verhindern und der ständigen Bedrohung in den Provinzen Nord- und Süd-Kivu, Ituri, Maniema und Katanga ein Ende zu setzen. 1999 verhandelten die Gewaltakteure in Lusaka ein Friedensabkommen, welches den Rückzug aller ausländischen Truppen und den Beginn eines interkongolesischen Dialogs in Gang setzen sollte. Mit verschiedenen Abkommen in Pretoria und Sun City 2002 und 2003 wurde der Truppenabzug beschleunigt und eine Übergangsregierung mit Joseph Kabila an der Spitze – er folgte seinem Vater nach dessen Ermordung 2001 – installiert. Die Wahlen im Juli 2006, die Entsendung von Soldaten der Vereinten Nationen (VN) unter der MONUC seit 1999, die Operation *Artemis* durch die Europäische Union 2003 und das seit 2003 ständig erweiterte Mandat der MONUC haben jedoch noch nicht zu einer vollständigen Befriedung geführt.

Die Fallanalyse umfasst Gebiete, in denen der RCD (später RCD-Goma) und *Mayi-Mayi*-Einheiten herrschten. Untersuchungszeitraum ist 1998 bis zum erweiterten Mandat der MONUC und dem Einsatz der Übergangsregierung 2003, mit denen ein zunehmender externer Einfluss auf die politische Ordnung beobachtet werden kann. Die unterschiedlichen Ziele, Organisationsformen und Ressourcen der beiden Gewaltakteure sowie ihre Strategien und Probleme bei der Mobilisierung der Bevölkerung stellen wertvolle Anknüpfungspunkte dar, um auf relevante Faktoren zur Schaffung und Funktionsweise politischer Ordnung in Räumen begrenzter Staatlichkeit hinzuweisen.

re, Walungu, Shabunda (Süd-Kivu) beherrschte. Im Folgenden bezieht sich »RCD« v. a. auf »RCD-Goma«.

- 11 Die *Mayi-Mayi* zeichnen sich durch ihre Bindung an Traditionen und Riten ihrer jeweiligen ethnischen Gruppe aus. Sie glauben daran, dass sich die auf sie gerichteten Gewehrkerne in Wasser verwandeln (»Mayi-Mayi« oder »Mai-Mai« ist Kiswahili für »Wasser, Wasser«).

Die politische Herrschaft der RCD

»We are not in Congo to be popular. In fact we do not care if we are hated. But we must protect our borders from the Interahamwe.«
(Ruandischer Armeeeoffizier, bei Blomfield 2001)

Aufgrund der starken Allianzen Kabilas mit den südlichen Nachbarstaaten der DR Kongo entstand eine Pattsituation zwischen Regierung und Rebellenbewegung. Der RCD und die ruandische Armee, die *Rwandan Patriotic Front* (RPA), gewannen keine Kontrolle über Kinshasa und die Regierungsarmee konnte trotz der massiven Unterstützung durch Angola und Simbabwe nicht die Kontrolle über die östlichen Gebiete zurückgewinnen (vgl. International Crisis Group 2003b: 6). Mit der Unterstützung Ruandas gelang es dem RCD, bestehende Verwaltungsstrukturen im Osten der DR Kongo zu übernehmen und seine Machtbasis auszubauen. Die *Patthypothese* wird damit bestätigt.

Die Fragmentierung der Opposition gegen Kabila behinderte jedoch den Aufbau einer kohärenten politischen Ordnung in den Kivu-Provinzen. Der RCD führte nicht nur einen Krieg, um Kabila zu stürzen, sondern war auch in einen inner-oppositionellen Machtkampf verwickelt, dem die Kontrolle über bestimmte Gebiete zugrunde lag (Afoaku 2002: 120; vgl. auch IRIN 1999). Erschwert wurde diese Auseinandersetzung durch den internen Streit über die Rolle des RCD. Das politische Anliegen des ersten Präsidenten des RCD, Ernest Wamba dia Wamba, – die Gründung einer populären Bewegung und die Demokratisierung des Landes – kollidierte mit den militärischen Interessen Ruandas – dem Sturz Kabilas und der Übernahme der politischen und militärischen Führung der DR Kongo (Afoaku 2002: 118; Fisher 1999; taz 1999). Die ruandische Regierung ersetzte Wamba dia Wamba daher Mitte 1999 durch einen neuen Präsidenten, Dr. Emile Ilunga. Wamba dia Wamba gründete, unterstützt von Uganda, eine Absplittierung der RCD, die *RCD-Mouvement de Libération* (RCD-ML) mit Sitz in Bunia (vgl. International Crisis Group 2003a: 4). Nach dem Zerfall in zwei rivalisierende Gruppierungen stellte der RCD auf nationaler Ebene keine ernsthafte Regierungs-Alternative zu Kabila dar (International Crisis Group 2000: 11). Gruppen wie die *Mayi-Mayi* hatten so eine Chance, die politische Ordnung der RCD zu erschüttern und herauszufordern. Die *Patthypothese* muss entsprechend ergänzt werden: Nur als homogene Bewegung kann eine Rebellengruppe ein hohes Niveau an politischer Ordnung erreichen.

Das enge Verhältnis des RCD zu Ruanda hatte eine ambivalente Wirkung auf die politische Ordnung. Dies kann mit der *Lokalisierungshypothese* erklärt werden. Der RCD hob stets den integrativen, ethnisch und politisch übergreifenden Charakter der Bewegung hervor (Simpson 1998; NCN Central Africa Watch 1998). Die sichtbare Verbindung des RCD mit der RPA, welche die Bevölkerung wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen im Kampf gegen die Interahamwe verachtete, förderte jedoch die tutsifeindliche Stimmung in der kongolesischen Bevölkerung. Die politische und finanzielle Abhängigkeit des RCD von Ruanda nahm zu. Ruanda unterstützte 2001 die Auflösung des Coltan-Monopols des RCD, wodurch die Gewaltakteure einen direkten Zugang zu Steuererlösen und eine gewisse finanzielle Eigenständigkeit verloren (UN Security Council 2002: § 74; vgl. Pole Institute 2001). Die externe Allianz des RCD mit Ruanda entfernte den RCD von der Bevölkerung und verhinderte, dass sich der RCD um eine kohärente lokale politische Ordnung bemühte.

Aufgrund seiner mangelnden Eigenständigkeit und Durchsetzungsfähigkeit erreichte der RCD nie die volle sicherheitspolitische Kontrolle über »seine« Gebiete. Die *Unsicherheitshypothese* trägt zur Erklärung der Schwierigkeiten des RCD bei. Nicht der RCD bestimmte über die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Unsicherheit, sondern konkurrierende Gewaltakteure, welche die »Übermacht« des RCD nicht anerkannten. Obwohl der RCD der dominante Gewaltakteur in der Region war, begrenzte sich seine Macht auf die größten Städte und die meisten Bergbauggebiete (vgl. Aust/Jaspers 2006: 57; International Crisis Group 2003b: 4). Auf dem Land und vor allem in ressourcenreichen Gegenden schafften es *Mayi-Mayi*-Einheiten und *Interahamwe* immer wieder durch »hit-and-run attacks« das vom RCD angestrebte Gewaltmonopol zu erschüttern (vgl. Vlassenroot/Raeymaekers 2004: 132).¹² Die begrenzte Macht über Sicherheit und Unsicherheit verhinderte, dass sich der RCD gegenüber der Bevölkerung als politische Autorität durchsetzen konnte.

Der RCD reagierte auf die ständige Bedrohung nur mit der Dezentralisierung der Schutzleistung, d. h. der Übertragung der Verteidigung an lokale Selbstverteidigungsgruppen. Damit wurde jedoch die Präsenz des RCD in den östlichen Regionen weiter delegitimiert. Die unzureichende Bezahlung der Soldaten trieb ihn dazu an, private Steuern einzutreiben und ein Parallelsystem zu errichten. Nicht die Verwaltung hatte

12 Da der RCD auf solche Attacken mit einem Gegenschlag gegen die Bevölkerung reagierte, erreichten die *Mayi-Mayi*-Gruppen auf diese Weise eine zusätzliche Entfremdung des RCD von der Bevölkerung (Vlassenroot 2002: 143).

die Verantwortung, lokale Konflikte zu regeln. Vielmehr engagierte die Bevölkerung Militärs, um diese Konflikte auszutragen (Vlassenroot/Raeymaekers 2004: 132). Diese Dezentralisierung und diese Militarisierung der Konfliktlösungsmechanismen schwächten die vom RCD gestaltete politische Ordnung.

Aufgrund der begrenzten Kapazitäten, sich militärisch durchzusetzen, versuchte der RCD, seine Herrschaft über die Instrumentalisierung lokaler Institutionen und Autoritäten zu stabilisieren. Die *Sozialisierungsthese* wird bestätigt. Der RCD übernahm die bestehenden Strukturen und die noch aus der Mobutu-Ära stammenden Prozeduren und baute die Provinzverwaltung zu Ministerien um. Nationale Feiertage, eine Flagge, die Kontrolle der Ein- und Ausreise, des Zolls und der Märkte sowie die Entsendung diplomatischer Missionen repräsentierten den Wunsch des RCD, den Anschein eines funktionstüchtigen bürokratischen Apparates zu wahren. So sollte der Anspruch auf die Staatsmacht untermauert werden (Tull 2003: 435). Darüber hinaus instrumentalisierte der RCD lokale *Chefs* (traditionale Autoritäten), um Verbündete in den ländlichen Gebieten zu gewinnen, die zur Aufklärung und Informationsbeschaffung zur Verfügung standen, lokale Unterstützer mobilisierten und öffentlichen Widerstand beschwichtigten (Tull 2005: 143). Da die traditionellen Autoritäten zunehmend an Macht verloren hatten, sahen sie die Kooperation mit dem RCD als Chance an, ihre Position zu stärken.

Die Übernahme der Verwaltungsstrukturen durch den RCD resultierte jedoch nicht in einer Stärkung der politischen Ordnung. Erstens blieben Verwaltung und Rebellenbewegung getrennte Institutionen, wodurch die Bedeutung der Verwaltung für die Machtsicherung des RCD begrenzt war (Tull 2005: 134). Aus Mangel an Unterstützern ließ der RCD die meisten der Verwaltungsbeamten im Amt, zahlte jedoch nur wenig Gehalt, wodurch diese schnell für Korruption empfänglich wurden. Zweitens sorgte der RCD nicht für die öffentliche Versorgung. Zwar trieb der RCD Steuern nach den geltenden kongolesischen Gesetzen ein, erhöhte die Sätze oft um 200 Prozent und fügte Steuern für die Kriegsführung und Gebühren für die Ein- und Ausreise in von anderen Gewaltakteuren kontrollierte Gebiete hinzu (Tull 2005: 165; UN Security Council 2002: § 89). Die Steuern flossen jedoch nicht in die Bereitstellung von öffentlichen Gütern; Bereiche wie Bildung und Gesundheit wurden durch lokale Initiativen oder Organisationen wie der Katholischen Kirche abgedeckt. Der RCD blieb dadurch eine separate Gruppe, die ihre Herrschaft ohne den Einsatz von Gewalt nicht konsolidieren konnte, da ihre politischen Ambitionen zu begrenzt waren.

Der RCD hatte »a serious image problem« (Wolters 2004: 4), das Kabila mit dem Schüren einer tutsifeindlichen Stimmung gegen den

RCD ausnutzte. Wegen des fehlenden »revolutionären Gedankens« innerhalb des RCD und der ablehnenden Haltung gegenüber der ruandischen »Besatzung« konnte der RCD die Anwendung von Gewalt zur Lösung politischer Differenzen nicht rechtfertigen (vgl. Afoaku 2002). Die Überzeugung, dass Kabila abgelöst werden musste, wurde nicht von allen Kongolesen geteilt – im Gegensatz hatte die AFDL-Rebellion gegen Mobutu eine breite Unterstützung (vgl. Fisher 1999). Der RCD zeigte sich zu exklusiv, als dass er die Unterstützung der Bevölkerung hätte erlangen können. Zwar war sich der RCD bewusst, dass ein gewisses Maß an Unterstützung der Bevölkerung durch eine »gute Regierungsführung« zur Vollendung seines Vorhabens und zur Sicherung seiner Herrschaft notwendig wäre (vgl. Tull 2005: 129-131). Doch beschränkte sich die gute Regierungsführung eher auf das Verteilen von Saatgut und Medikamenten anlässlich einzelner Mobilisierungsveranstaltungen (Sapa/AFP (South Africa) 2000).

Erst nach Misserfolgen gegen die kongolesische Armee und nach der internationalen Anerkennung des neuen kongolesischen Präsidenten, Joseph Kabila, realisierte der RCD, dass er an Glaubwürdigkeit gewinnen müsse, wenn er seine politische Macht in zukünftigen Friedensverhandlungen sichern wollte (International Crisis Group 2003b: 16). Entsprechend unternahm der RCD Bemühungen, den Zuspruch der Bevölkerung zu erhalten. Die Bemühungen beinhalteten zum Beispiel die Einsetzung eines neuen, politischeren Präsidenten, Adolphe Onusumba, und die Bezahlung der Verwaltungsangestellten im Dezember 2000 und Januar 2001 (International Crisis Group 2003b: 16), die Einbindung von Hutu-*Banyarwanda* und anderen Führungspersonlichkeiten aus der zivilen Opposition in die lokale Verwaltung (International Crisis Group 2003b: 16) sowie die Organisation eines Dialogs innerhalb der Kivu-Provinzen im September 2001 (International Crisis Group 2001: 14).

Die Halbherzigkeit der Bemühungen begrenzte jedoch den Erfolg. Das Verhalten des RCD war maßgeblich bestimmt durch die Schwäche der FAC und die Aussicht auf einen schnellen militärischen Erfolg sowie durch Ruanda, das den RCD von der ökonomischen und politischen Unterstützung durch die Bevölkerung unabhängig macht¹³, gleichzeitig aber auch die militärischen Ziele vorgab. Die Allianz mit Ruanda war nicht zustande gekommen, um einen kongolesischen Befreiungskampf

13 Im Gegensatz z. B. zur Situation der *National Resistance Army* (NRA) in Uganda, die davon abhängig war, dass die lokale Bevölkerung ihr Lebensmittel und Unterschlupf bot, wodurch sie, verstärkt mit einer starken ideologischen Überzeugung und einer relativ ruhigen militärischen Situation, der Bevölkerung in dem von ihr kontrollierten Gebiet eine gewisse Partizipation (u.a. Wahlen) gewährte (vgl. Kasfir 2005).

zu führen, sondern, wie ein ruandischer Armeeoffizier hervorhebt, um Ruanda vor den Hutu-Rebellen an der ruandisch-kongolesischen Grenze zu schützen (zitiert in Blomfield 2001).

Herausforderung des RCD durch die *Mayi-Mayi*

»Overall, the Mai Mai is less movement than magma« (International Crisis Group 2001: 12).

Wegen der Ausrichtung auf lokale Selbstverteidigung, der dezentralen Organisationsform und der beschränkten Mittel hatten die *Mayi-Mayi* nie die Machtausübung über große Gebiete zum Ziel. Erst als Kabila, selbst ein ehemaliger Anführer der *Mayi-Mayi*, Einheiten anwarb, um gezielter gegen den RCD vorzugehen, hatten die *Mayi-Mayi* die Möglichkeit, Gebiete langfristig zu kontrollieren. Die Strategie der so genannten »hit-and-run-attacks« wandelte sich durch diese neue Allianz, welche ihre Waffen- und Munitionsvorräte sicherte, in eine Strategie der langfristigeren Besatzung (Vlassenroot 2002: 132). Zunehmend ging es den verschiedenen Gruppen nicht mehr nur um die lokale Selbstverteidigung, sondern um die nationalistisch motivierte Vertreibung der Tutsi-dominierten Gewaltakteure aus dem Osten der DR Kongo (Vlassenroot 2002: 135). Die *Patthypothese* bestätigt sich auch im Fall der *Mayi-Mayi*; die Angleichung der Ressourcen der Gewaltakteure und eine antizipierte Pattsituation ließ das Interesse der *Mayi-Mayi* an einer langfristigen Strategie des Aufbaus einer gewissen Gebietsherrschaft wachsen.

Obwohl sich mit der zunehmenden Unterstützung durch die kongolesische Regierung oder externe Rebellenbewegungen nicht nur die Strategien der *Mayi-Mayi*, sondern grundsätzlich auch ihre Interessen änderten, verloren sie nie ihre enge Anbindung an die Bevölkerung. Als »grassroots movement« blieben die Gruppen der Verteidigung ihrer eigenen Gemeinschaft verpflichtet. Sie ersetzten die schwindenden traditionellen Autoritäten und boten eine Karrierechance für Jugendliche, die gewaltsam gegen ihre soziale und ökonomische Marginalisierung vorgehen wollten (Vlassenroot 2002: 118). Darüber hinaus wollten die *Mayi-Mayi* ihre Autonomie erhalten und waren darauf bedacht, nicht auf Kabila angewiesen zu sein, indem sie sich durch vielfältige Allianzen und durch die Bevölkerung finanzierten (Bilali 2004). Die Unterstützung der Bevölkerung garantierte den *Mayi-Mayi* ein gewisses Niveau an politischer Ordnung, was die *Lokalisierungshypothese* stützt.

Durch die Aufrechterhaltung von Unsicherheit legitimierten die *Mayi-Mayi* ihre Präsenz. Die *Unsicherheitshypothese* wird bestätigt. Die *Mayi-Mayi* eigneten sich den nationalistischen Diskurs Kabilas an und

nutzten die Forderung nach lokaler Sicherheit, um ihre Aktionen gegen den RCD und die RPA zu legitimieren (vgl. Tull 2005: 191f.). Mit Angriffen auf Dörfer provozierten sie Gegenschläge des RCD gegen die Bevölkerung und stellten sich auf diese Weise als »besserer« Sicherheitsdienstleister dar (Vlassenroot 2002: 143). Oft war die Bevölkerung eher gewillt, Steuern an die *Mayi-Mayi* zu zahlen als an den RCD, sodass die *Mayi-Mayi* Waffen kaufen konnten, die zum Schutz der Bevölkerung eingesetzt wurden (IRIN 2006; Bilali 2004: 17). Auch begeisterte sich die Bevölkerung für die Bildung lokaler Selbstverteidigungsgruppen (IRIN 2006).

Wie im Fall der RCD, spielte die Anbindung an lokale Autoritäts- und Beziehungsmuster eine besondere Rolle für die Sicherung des Einflusses der *Mayi-Mayi* auf die Bevölkerung. Die *Sozialisierungshypothese* wird gestützt. Trotz des Bezugs auf traditionale Riten wollten die *Mayi-Mayi* keine traditionale Ordnung herstellen, sondern bedienten sich der Traditionen um der Motivation der Kämpfer willen. Die Unterstützung einzelner *Chefs* diente der zusätzlichen Legitimation und der Sicherung der Sympathie der Bevölkerung; die *Chefs* wiederum sicherten sich durch die Kooperation mit den *Mayi-Mayi* ihre Machtposition (Vlassenroot 2002: 123, 141). Die traditionellen Eliten und die *Mayi-Mayi* blieben jedoch zwei separate Institutionen, ihre Kooperationen dienten nur den jeweils eigenen Interessen.

Mit zunehmendem Erfolg im Kampf gegen RCD und RPA und durch ein Voranschreiten des Friedensprozesses gewann die Kontrolle von Gebieten für die *Mayi-Mayi* an Bedeutung. Anlässlich der Einnahme der Stadt Uvira im Oktober 2002 hoben die *Mayi-Mayi* hervor, eine »verantwortungsbewusste Herrschaft« im Ostkongo anzustreben und forderten gleichzeitig, nicht mehr als »marodierende Milizen« angesehen zu werden (Johnson 2002). Die *Mayi-Mayi* hatten zunehmend politischen Ambitionen und wollten als politische Akteure wahrgenommen zu werden (Vlassenroot 2002: 136). Die *Mayi-Mayi* wollten ihre Position in den Friedensgesprächen stärken und den RCD von seiner dominanten Position verdrängen (vgl. Johnson 2002).

Für eine Verdrängung des RCD aus den östlichen Provinzen reichten die Bemühungen der *Mayi-Mayi* jedoch nicht aus. Ihre Vereinigung über den kongolesischen Nationalgedanken täuschte nicht über ihre heterogene und dezentrale Organisation sowie die dadurch unterschiedlichen Interessen und Strategien hinweg. Nicht alle Gruppen teilten das politische Interesse von Padiri und Dunia und konzentrierten sich eher auf die Plünderung von Dörfern als die regulierte Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Oftmals kämpften sie auch gegeneinander um die Kontrolle der ökonomischen Netzwerke (Vlassenroot 2002: 137). Es fehlte an einem

machtvollen Vertreter, der die *Mayi-Mayi* als einheitliche politische Bewegung darstellen konnte. Die *Mayi-Mayi* waren besonders inklusiv, konnten sich aber nicht gegenüber konkurrierenden Gruppen als abgegrenzte Einheit darstellen. Aufgrund ihrer Heterogenität und dezentralen Organisation blieben die *Mayi-Mayi* bis zur Aufnahme in die Übergangsregierung eine bewaffnete Gruppe mit begrenztem Einfluss auf die Restrukturierung der politischen Ordnung in der Region.

Fazit

Es zeigt sich, dass der Wandel des Konflikts und der voranschreitende Friedensprozess erheblichen Einfluss auf die Gestaltung politischer Ordnung haben: Je deutlicher sich militärische Pattsituationen heraus kristallisieren und je näher politische Verhandlungen rücken, desto eher versuchen lokale Gewaltakteure über Gebietsherrschaft und den Ersatz bestehender sozialer Bezüge, politische Ordnung zu bestimmen. Das Schaffen politischer Ordnung ist aus dieser Perspektive kein Ziel an sich, sondern Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Interessen der Gewaltakteure. Die geringen Niveaus politischer Ordnung in den Kivu-Provinzen weisen jedoch auf eine Vielzahl von Faktoren hin, welche die Bemühungen beider Akteursgruppen begrenzten.

Der Wandlungsprozess der Gewaltakteure wurde bedingt durch die Kontrolle über Verhandlungsoptionen – sogenannten *Bargaining Chips*, die Herrschaft über ein bestimmtes Gebiet und den Zuspruch der dortigen Bevölkerung. Ruanda und dem RCD fehlte die Unterstützung der Bevölkerung, und so richtete der RCD in der Vorbereitungsphase des Interkongolesischen Dialogs einen intra-Kivu-Dialog zur Bestätigung des Repräsentationsanspruchs des RCD aus. Den *Mayi-Mayi* fehlten die Gebietsherrschaften und so betonten sie bei der Eroberung neuer Gebiete ihre »verantwortungsbewusste Herrschaft«. Als *Bargaining Chips* gelten demnach nicht nur Gewaltakte gegen die Bevölkerung, die einen Friedensprozess zum Stoppen bringen können, sondern auch die Gebiets-herrschaft über ein bestimmtes Territorium (Tull 2005: 202).

Politische Ordnung als *Bargaining Chip* garantiert jedoch kein hohes Niveau an politischer Ordnung. Wenn die Gewaltakteure zu abhängig von externen Partnern sind (wie der RCD von Ruanda) oder fluktuierenden Allianzstrukturen unterliegen (wie die *Mayi-Mayi*), verringert sich das Niveau an politischer Ordnung. Wenn die Gewaltakteure aufgrund dezentraler Schutzleistung und einer hohen Anzahl konkurrierender Gewaltakteure keine Kontrolle über Sicherheit und Unsicherheit haben, kann kein Gewaltmonopol (bzw. -oligopol) aufgebaut werden. Nur über

die Instrumentalisierung lokaler Legitimationsmuster ist den Gewaltakteuren eine Anbindung an die Bevölkerung gelungen. Der RCD war jedoch zu exklusiv, hinsichtlich seiner Organisation wie auch der Bereitstellung öffentlicher Güter (vgl. Tull 2005: 129-131), als dass die Bevölkerung ihn unterstützt hätte, wohingegen die *Mayi-Mayi* durch die Mobilisierung des Nationalbewusstseins inklusiv, aber nicht exklusiv genug waren, um sich als eigenständige Gruppe mit einheitlicher Führung zu etablieren.

Mit Blick auf geringe Niveaus politischer Ordnung lassen sich die besonderen Funktionsbedingungen von politischer Ordnung in Räumen begrenzter Staatlichkeit erkennen. Gewaltakteure versuchen, über informelle Strategien die Schwächen ihrer Durchsetzungskraft auszugleichen. Dadurch stellt sich die Form der geschaffenen politischen Ordnung als informell, dezentral und exklusiv dar. Es wird deutlich, dass nicht nur die Ordnungsstruktur für das Verständnis politischer Ordnung in zerfallenen Staaten wichtig ist, sondern auch die Art und Weise, wie diese Ordnung funktioniert.

Zur Untersuchung der Funktionsbedingungen politischer Ordnung bietet sich das *Governance*-Konzept an, welches auf die Vermischung verschiedener Modi der Handlungskoordination hinweist und welches sich unter bestimmten Bedingungen auch auf Räume begrenzter Staatlichkeit Afrikas anwenden lässt. Bedingung für die Entstehung von (neuen) *Governance*-Formen ist eine Verlagerung von *Governance* auf verschiedene lokale, regionale und globale Ebenen und ein Wandel der Anordnung von Steuerungsmechanismen, d. h. Prozesse von Globalisierung und Lokalisierung, welche den Staat als Hauptakteur politischer Steuerung entmachten (Rosenau 1997: 153). Die neu entstehenden *Governance*-Formen schließen sich nicht gegeneinander aus und können überlappen; Herrschaft wird nicht mehr als »zero-sum authority« aufgefasst, sondern verschiedene Kombinationen und Konstellationen von Herrschaftssystemen werden möglich (Barnett 2001). *Governance without Government* lässt sich durch das Hervortreten privater, informeller Regelungsstrukturen und ihre Interaktion mit formelleren Strukturen betrachten. Die Dezentralisierung von Sicherheitsleistungen, die Instrumentalisierung von lokalen Legitimitäten und die Mobilisierung der Bevölkerung können als Formen von Steuerung begriffen werden, die nicht auf Modelle des »command-control« basieren, sondern durch welche indirekt Herrschaft ausgeübt wird. Die explorative Fallstudie zeigt jedoch, dass diese Formen der Steuerung in zerfallenen Staaten sehr instabil sind und kein hohes Niveau politischer Ordnung hervorbringen.

Inwiefern nicht-staatliche Akteure staatliche Aufgaben beeinflussen, übernehmen oder in Abwesenheit des Staates *nicht* übernehmen, be-

stimmt, welche Form von *Governance* entsteht. Die Bereitstellung von öffentlichen Gütern ist keine Eigenschaft, sondern sollte als Fähigkeit betrachtet werden (Kassimir 2001: 99). Die Definition des Staates erfolgt nicht über die Erbringung der staatlichen Leistungen Sicherheit, Herrschaft, Wohlfahrt, sondern die Erbringung dieser Leistungen begründet eine Form des Regierens.¹⁴ Politische Ordnung resultiert nicht immer aus einem dezidierten Programm, sondern ebenso als Nebenprodukt auf der Suche nach Sicherheit, Überleben und Wohlfahrt (Latham et al. 2001). Die *Form* der Herstellung von Sicherheit, der Sicherung des Überlebens und von Wohlfahrt bestimmt die *Form* der politischen Ordnung. Nach Robert Latham et al. (2001: 8) kann diese Ordnung auch über nationale Grenzen hinaus reichen und ist damit nicht an ein national-staatliches System gebunden. Im Gegenzug kann es jedoch auch auf lokale Politikfelder begrenzt sein.¹⁵ *Governance* konzentriert sich in diesem Sinne auf die Funktionsweisen, welche die Struktur politischer Ordnung bestimmen.

Auch in zerfallenen Staaten wird regiert – wenn auch in anderer Qualität als in zentralisierten politischen Systemen. Diese Bestimmungsmuster gegenwärtiger substaatlicher Kriege müssen verstanden werden, will man bewaffnete Konflikte in zerfallenen Staaten langfristig lösen.

Literatur

- Afoaku, Osita (2002): »Congo's Rebels. Their Origins, Motivations, and Strategies«. In: John F. Clark (Hg.), *The African Stakes of the Congo War*, New York/NY: Palgrave MacMillan, S. 109-128.
- Aust, Björn (2001): *Kriegsökonomien in innerstaatlichen Konflikten. Funktionsweisen und Einflüsse auf Konfliktodynamiken und Kriegsgesellschaften in der »Dritten Welt«*, Diplomarbeit an der FU Berlin, Berlin.

-
- 14 »Government services« are never simply »services«; instead of conceiving this phrase as a reference simply to a »government« whose purpose it is to serve, it may be at least as appropriate to think of »services« which serve to govern« (Ferguson 1994: 253, zitiert in Kassimir 2001: 99).
- 15 Dies verweist auf die Debatte um Global Governance, in der es vor allem um diejenigen Institutionen, staatliche und nicht-staatliche Akteure geht, die auf globaler Ebene in einem bestimmten Politikfeld über multilaterale Kooperation über verschiedene Ebenen hinweg politische Steuerung ausüben. Zum Konzept von »Global Governance« vgl. Nuscheler (2000) und Messner und Nuscheler (2003).

- Aust, Björn/Jaspers, Willem (2006): From Resource War to »Violent Peace«. Transition in the Democratic Republic of Congo (DRC), BICC paper 50, Bonn.
- Bakonyi, Jutta/Stuvøy, Kirsti (2005): »Violence and Social Order Beyond the State. Somalia and Angola«. *Review of African Political Economy* 104/105, S. 359-382.
- Barnett, Michael (2001): »Authority, Intervention, and the Outer Limits of International Relations Theory«. In: Thomas Callaghy/Ronald Kassimir/Robert Latham (Hg.), *Intervention and Transnationalism in Africa. Global-Local Networks of Power*, New York/NY: Cambridge University Press, S. 47-65.
- Bathia, Michael V. (2005): »Fighting Words. Naming Terrorists, Bandits, Rebels and Other Violent Actors«. *Third World Quarterly* 26, Nr.1, S. 5-22.
- Bayart, Jean-François/Ellis, Stephen/Hibou, Béatrice (1999): *The Criminalization of the State*, Bloomington/IN: Indiana University Press.
- Bennett, Andrew (2000): *Case Study Methods: Design, Use, and Comparative Advantages*.
- Berdal, Mats/Malone, David (Hg.) (2000): *Greed and Grievance. Economic Agendas in Civil Wars*, Boulder/CO: Lynne Rienner.
- Bilali, Charles Nasibu (2004): *Qui arme les maï-maï? Enquête sur une situation originale*, Rapport du GRIP 5, Brüssel.
- Blomfield, Adrian (2001): »Terror Reign of the »Magic Water« Militia«. *Daily Telegraph* (London, England), 09.08.2001, S. 15.
- Chabal, Patrick/Daloz, Jean-Pascal (1999): *Africa Works. The Political Instrumentalization of Disorder*, Bloomington/IN: Indiana University Press.
- Clapham, Christopher (1998a): »Introduction: Analysing African Insurgencies«. In: Christopher Clapham (Hg.), *African Guerillas*, Oxford, S. 1-18.
- Clapham, Christopher (1998b): »Degrees of Statehood«. *Review of International Studies* 24, 2, S. 143-157.
- Collier, Paul/Hoeffler, Anke (2000): *Greed and Grievance in Civil War*, World-bank Paper, Washington D.C.
- Deutsch, Karl W. (1965): »Quincy Wright's Contribution to the Study of War. A Preface to the Second Edition«. In: Quincy Wright (Hg.), *A Study of War*, London: University of Chicago Press, S. xiii-xv.
- Duffield, Mark (2001): *Global Governance and the New Wars. The Merging of Development and Security*, London: Zed Books.
- Elwert, Georg (1997): »Gewaltmärkte. Beobachtungen zur Zweckrationalität der Gewalt«. In: Trutz von Trotha (Hg.), *Soziologie der Gewalt*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 37, Opladen, S. 86-101.
- Engel, Ulf/Mehler, Andreas (2005): »„Under Construction“: Governance in Africa's New Violent Social Spaces«. In: Ulf Engel/Gorm Rye Olsen (Hg.), *The African Exception*, Hants: Ashgate, S. 87-102.

- Ferguson, James (1994): *The Anti-Politics Machine. »Development«, Depoliticization, and Bureaucratic Domination in Lesotho*, London: University of Minnesota Press.
- Fisher, Ian (1999): »For Rebels in Congo, Popularity is Elusive«. *The New York Times*, 01.01.1999, S. 6.
- George, Alexander L./Bennett, Andrew (2005): *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*, Cambridge/MA: MIT Press.
- Hibou, Béatrice (1999): »De la privatisation des économies à la privatisation des États«. In: Béatrice Hibou (Hg.), *La privatisation des États*, Paris: Karthala, S. 11-67.
- Hills, Alice (1997): »Warlords, Militias, and Conflict in Contemporary Africa. A Reexamination of Terms«. *Small Wars and Insurgencies*, 8, 1, S. 35-51.
- Huntington, Samuel P. (1968): *Political Order in Changing Societies*, New Haven/CT: Yale University Press.
- Hyden, Goran S. (1999): »Governance and the Reconstitution of Political Order«. In: Richard Joseph (Hg.), *State, Conflict, and Democracy in Africa*, Boulder/CO: Lynne Rienner, S. 179-196.
- International Crisis Group (2000): *Scramble for the Congo. Anatomy of an Ugly War*, ICG Africa Report 26, Nairobi, Brüssel.
- International Crisis Group (2001): *The Intercongolese Dialogue. Political Negotiation or Game of Bluff?*, ICG Africa Report 37, Brüssel, Nairobi, Kinshasa.
- International Crisis Group (2003a): *Congo Crisis. Military Intervention in Ituri*, ICG Africa Report 64, Nairobi, New York, Brüssel.
- International Crisis Group (2003b): *The Kivus. The Forgotten Crucible of the Congo Conflict*, ICG Africa Report 56, Nairobi, Brüssel.
- IRIN (2006): »DRC: From Protection to Insurgency - History of the Mayi-Mayi«, 16.03.2006, http://www.irinnews.org/report.asp?ReportID=52245&SelectRegion=Great_Lakes&SelectCountry=DRC.
- IRIN (1999): »DRC: Anti-RCD Rebels Embroiled in Interlinked Wars«. 30.06.1999, http://www.irinnews.org/report.asp?ReportID=18838&SelectRegion=Great_Lakes&SelectCountry=DRC.
- Jackson, Paul (2003): »Warlords as Alternative Forms of Governance«. *Small Wars and Insurgencies*, 14, 2, S. 131-150.
- Jackson, Robert H. (1990): *Quasi-States. Sovereignty, International Relations, and the Third World*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Jean, François/Rufin, Jean-Christophe (Hg.) (1996): *Economie des Guerres Civiles*, Paris: Hachette.
- Johnson, Dominic (2002): »Triumph für Kongos Milizen«. *Die Tageszeitung*, 15.10.2002, S. 11.
- Kaldor, Mary (1999): *New and Old Wars. Organized Violence in a Global Era*, Cambridge: Polity Press/Stanford University Press.

- Kaplan, Robert D. (1994): »The Coming Anarchy. How Scarcity, Crime, Overpopulation, Tribalism, and Disease are Rapidly Destroying the Social Fabric of our Planet«. *The Atlantic Monthly* 273, Nr. 2, S. 44-76.
- Kasfir, Nelson (2005): »Guerrillas and Civilian Participation. The National Resistance Army in Uganda, 1981-86«. *Journal of Modern African Studies* 43, Nr. 2, S. 271-296.
- Kassimir, Ronald (2001): »Producing Local Politics: Governance, Representation, and Non-State Organizations in Africa«. In: Thomas Callaghy/Ronald Kassimir/Robert Latham (Hg.), *Intervention and Transnationalism in Africa. Global-Local Networks of Power*, New York/NY: Cambridge University Press, S. 93-114.
- Keen, David (1998): *The Economic Functions of Violence in Civil Wars*, Adelphi Paper 320, Oxford.
- Latham, Robert/Kassimir, Ronald/Callaghy, Thomas (2001): »Introduction: Transboundary Formations, Intervention, Order, and Authority«. In: Thomas Callaghy/Ronald Kassimir/Robert Latham (Hg.), *Intervention and Transnationalism in Africa. Global-Local Networks of Power*, New York/NY: Cambridge University Press, S. 1-20.
- Le Billon, Philippe (2003): »Natürliche Ressourcen und die politische Ökonomie des Krieges«. In: Werner Ruf (Hg.), *Politische Ökonomie der Gewalt. Staatszerfall und die Privatisierung von Gewalt und Krieg*, Opladen: Leske & Budrich, S. 144-164.
- Lincoln, Bruce (1994): *Authority*, Chicago: Chicago University Press.
- Mackinlay, John (2000): »Defining Warlords«. *International Peacekeeping* 7, Nr. 1, S. 48-62.
- Mayntz, Renate (2004): *Governance Theory als fortentwickelte Steuerungstheorie?*, MPIfG Working Paper, Berlin.
- Mehler, Andreas (2003): *Legitime Gewaltoligopole – eine Antwort auf strukturelle Instabilität in Westafrika?*, Focus Afrika. IAK-Diskussionsbeiträge 22, Hamburg.
- Mehler, Andreas (2004): »Oligopolies of Violence in Africa South of the Sahara«. *Nord-Süd aktuell* 18, Nr. 3, S. 539-548.
- Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (2003): *Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven*, INEF Report 67, Duisburg.
- Migdal, Joe S. (1988): *Strong Societies and Weak States: State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*, Princeton/NJ: Princeton University Press.
- Milliken, Jennifer/Krause, Keith (2002): »State Failure, State Collapse, and State Reconstruction. Concepts, Lessons and Strategies«. *Development and Change*, 33, 5, S. 753-774.
- Münkler, Herfried (2002): *Die neuen Kriege*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

- Mustapha, Abdul Raufu (2002): States, Predation and Violence. Reconceptualizing Political Action and Political Community in Africa, Paper presented to the 10th General Assembly of CODESRIA, Kampala.
- NCN Central Africa Watch (USA) (1998): »Kampala's The Monitor Interviews the Congo's Rebel Leaders«, 10/1998.
- Nuscheler, Franz (2000): »Global Governance, Entwicklung und Frieden. Zur Interdependenz globaler Ordnungsstrukturen«. In: Franz Nuscheler (Hg.), Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts, Bonn: bpb, S. 471-507.
- Paes, Wolf-Christian/Aust, Björn (2003): »Bürgerkriegsökonomien, Staatszerfall und Privatisierung von Gewalt«. Blätter für deutsche und internationale Politik 10, S. 1229-1233.
- Pole Institute (2001): Le coltan et les populations du Nord-Kivu, Goma.
- Reno, William (1995): Warlords and Debureaucratising African States, Paper presented at Annual Meeting of the Midwest Political Science Association.
- Reno, William (1998): Warlord Politics and African States, Boulder/CO: Lynne Rienner.
- Reno, William (2005): »The Politics of Violent Opposition in Collapsing States«. Government and Opposition 40, Nr. 2, S. 127-151.
- Riekenberg, Michael (1997): »Warlords. Eine Problemskizze«. Comparativ 5/6, S. 187-205.
- Rosenau, James N. (1997): Along the Domestic-Foreign Frontier. Exploring Governance in a Turbulent World, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rosenau, James N./Czempiel, Ernst-Otto (Hg.) (1992): Governance without Government. Order and Change in World Politics, Cambridge: Cambridge University Press.
- Rotberg, Robert I. (Hg.) (2003): State Failure and State Weakness in a Time of Terror, Washington D.C.: World Peace Foundation and Brookings Institution Press.
- Rotberg, Robert I. (Hg.) (2004): When States Fail. Causes and Consequences, Princeton/NJ: Princeton University Press.
- Sapa/AFP (South Africa) (2000): »Rebels Seeking to Create Mass Movement in Eastern DR Congo«, 20.04.2000.
- Schlichte, Klaus (2002): »Neues über den Krieg? Einige Anmerkungen zum Stand der Kriegsforschung in den Internationalen Beziehungen«. Zeitschrift für internationale Beziehungen, 9, 1, S. 113-138.
- Schlichte, Klaus (2005): »Was kommt nach dem Staatszerfall? Die Gewaltordnungen in Uganda seit 1986«. In: afrika spektrum 39, Nr. 1, S. 83-113.
- Schlichte, Klaus/Wilke, Boris (2000): »Der Staat und einige seiner Zeitgenossen. Die Zukunft des Regierens in der ‚Dritten Welt‘«. Zeitschrift für internationale Beziehungen 7, Nr. 3, S. 359-384.

- SFB 700 (2005): Antrag auf Einrichtung und Förderung des Sonderforschungsbereichs 700 »Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit: Neue Formen des Regierens?«, Berlin.
- Simpson, Chris (1998): »The Mystery Man in Charge of Congo's Rebels«. *Electronic Mail & Guardian*, 18.08.1998.
- Schneckener, Ulrich (2004): »States at Risk. Zur Analyse fragiler Staatlichkeit«. In: Ulrich Schneckener (Hg.), *States at Risk. Fragile Staaten als Sicherheits- und Entwicklungspolitik*, SWP-Studie, Berlin, S. 5-27.
- Spelten, Angelika (2004): *Gewaltökonomie. Möglichkeiten und Grenzen entwicklungspolitischer Handlungsoptionen*, Eine FriEnt-Handreichung, Gruppe Friedensentwicklung, Bonn.
- taz, Die Tageszeitung (1999): »Kabila zu Verhandlungen bereit'. Interview mit Ernest Wamba dia Wamba, Präsident der Rebellenbewegung 'Kongolesische Sammlung für Demokratie' (RCD)«, 20.04.1999, S. 12.
- Tilly, Charles (2003): *The Politics of Collective Violence*, New York/NY: Cambridge University Press.
- Trotha, Trutz von (2000): »Die Zukunft liegt in Afrika. Vom Zerfall des Staates, von der konzentrischen Ordnung und vom Aufstieg der Parastaatlichkeit«. *Leviathan. Zeitschrift für Sozialwissenschaft* 28, Nr. 2, S. 253-279.
- Tull, Denis M. (2003): »A Reconfiguration of Political Order? The State of the State in North Kivu (DR Congo)«. *African Affairs*, 102, S. 429-446.
- Tull, Denis M. (2005): *The Reconfiguration of Political Order in Africa: A Case Study of North Kivu*, Hamburg: Institut für Afrika-Kunde.
- UN Security Council (2002): *Final report of the Panel of Experts on the Illegal Exploitation of Natural Resources and Other Forms of Wealth of the Democratic Republic of the Congo*, S/2002/1146, New York/NY.
- Vlassenroot, Koen (2002): »Violence et constitution de milices dans l'Est du Congo. Le cas des Mayi-Mayi. L'Afrique des Grands Lacs, Annuaire 2001-2002, S. 115-152.
- Vlassenroot, Koen/Raeymaekers, Timothy (2004): »Conflict and Artisan Mining in Kamituga (South Kivu)«. In: Koen Vlassenroot/Timothy Raeymaekers (Hg.), *Conflict and Social Transformation in DR Congo*, Gent: Academia Press, S. 123-156.
- Vlassenroot, Koen/Raeymaekers, Timothy (2005): *The Formation of Centers of Profit, Power and Protection. Conflict and Social Transformation in Eastern DR Congo*, Occasional Paper, Centre of African Studies, University of Copenhagen, Copenhagen.
- Weber-Schäfer, Peter (1992): »Politische Ordnung«. In: Dieter Nohlen (Hg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 1(2), München: Piper, S. 764-765.
- Weiss, Herbert F./Carayannis, Tatiana (2004): »Reconstructing the Congo«. *Journal of International Affairs*, 58, 1, S. 115-141.

- Wolters, Stephanie (2004): Continuing Instability in the Kivus. Testing the DRC Transition to the Limit, ISS Paper 94, Pretoria.
- Wrong, Michela (2000): In the Footsteps of Mr Kurtz. Living on the Brink of Disaster in Mobutu's Congo, London: Fourth Estate Limited.
- Zartman, William I. (Hg.) (1995): Collapsed States. The Disintegration and Restoration of Legitimate Authority, Boulder/CO: Lynne Rienner.

